

1. Versuch eines gemeinsamen Neubeginns 1945-1949

Die Folgen des Zweiten Weltkrieges, an dessen Urheberschaft keinerlei Zweifel bestehen konnten, waren für Deutschland wesentlich gravierender als die des Ersten: Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Truppen wurde das gesamte deutsche Territorium besetzt, ein Teil Ostpreußens faktisch an die Sowjetunion angegliedert, die übrigen Gebiete östlich von Oder und Neiße an Polen zur Verwaltung übergeben und Rest-Deutschland in vier Besatzungszonen unter den Siegermächten vorläufig aufgeteilt. Anders als 1918 blieb der von Bismarck geschaffene Staat nicht mehr intakt und weitgehend sich selbst überlassen. Diesmal waren die Deutschen vom Richterspruch der Siegermächte vollkommen abhängig. Dass die meisten Deutschen trotz der zahlreichen im deutschen Namen während des Zweiten Weltkrieges verübten Verbrechen bald wieder die Chance zu eigener politischer Betätigung und schließlich auch zur Bildung eines eigenen neuen Staates bekamen, hing vor allem damit zusammen, dass sich zwischen den Siegermächten kurz nach der Beseitigung der nationalsozialistischen Diktatur tief greifende politische Gegensätze herausstellten, die dann in einen jahrzehntelangen, die gesamte Weltpolitik beherrschenden "Kalten Krieg" mündeten. Der Ausbruch dieses Konfliktes zwischen Amerikanern, Briten und Franzosen einerseits und Russen andererseits ließ aber die baldige Rekonstruktion eines alle Deutschen umfassenden Staates - sei es in den Grenzen von 1937, sei es als Zusammenfassung der vier Besatzungszonen, also ohne die Gebiete östlich von Oder und Neiße - von Anfang an zu einem höchstens langfristig zu erreichenden Ziel werden, dessen Realisierung immer unwahrscheinlicher wurde, je mehr sich der Ost-West-Konflikt verschärfte. Angesichts der katastrophalen Lage Deutschlands, wo auch die Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen weitgehend unterbrochen waren, konnte allein die lokale und regionale Ebene Ausgangspunkt für eine neuerliche politische Betätigung sein.

Die Reorganisation des deutschen Liberalismus nach 1945 ist dementsprechend im Gegensatz zu allen früheren liberalen Parteigründungen nicht zentralistisch von oben nach unten, sondern umgekehrt, von unten nach oben, von der lokalen über die

regionale bis hin zur gesamtstaatlichen Ebene erfolgt, davon wich nur die Entwicklung in der sowjetisch-besetzten Zone in gewisser Weise ab. Dass diese Reorganisation aber erst nach drei Jahren zu einem Abschluss kam, verdeutlicht die Schwierigkeiten, die bei der Neuentstehung einer liberalen Partei zu überwinden waren. Es war zunächst auch keineswegs ausgemacht, dass diese Wiederbelebung überhaupt gelingen würde. Denn auch unter den Liberalen war die Neugründung einer eigenständigen liberalen Partei zunächst umstritten. Viele jüngere Politiker der Weimarer Republik zogen aus dem Desaster der liberalen Parteien nach 1930 die Konsequenz, dass die Zeit des organisierten Liberalismus vorbei wäre. Einige erblickten in der Sozialdemokratie die vermeintliche Erbin des Liberalismus, etliche mehr bevorzugten die Bildung einer großen bürgerlichen Sammlungspartei auf christlicher Grundlage, auch ein Mann wie Theodor Heuss spielte eine Zeitlang mit einem solchen Gedanken. Die Mehrheit der Weimarer Liberalen war jedoch von der Notwendigkeit einer eigenständigen liberalen Partei überzeugt. So zeigten die ersten lokalen Organisationen eine deutliche Kontinuität zu den liberalen Parteien vor 1933. Nicht nur waren die meisten Parteigründer schon früher in der DDP oder DVP aktiv gewesen, auch im Namen und in der Programmatik wurde an die Tradition des Weimarer Liberalismus angeknüpft. In den ehemaligen Hochburgen der DDP im Süden und in den Hansestädten tauchte nicht von ungefähr der Begriff Demokratie oder Demokraten in der Bezeichnung für liberale Parteiorganisationen wieder auf. Denn, so bekannte Wolfgang Haussmann, der maßgeblich an der Neugründung einer liberalen Organisation in Stuttgart beteiligt war: "Es liegt nahe und ist beinahe zwingende Notwendigkeit, dass gerade in der württembergischen Landeshauptstadt an die alten Traditionen der (süddeutschen) Demokratie als Ausgangspunkt und Richtschnur einer politischen Partei angeknüpft wird." Diesen Parteigründern schwebte eine liberale Partei in der politischen Mitte vor, ganz ähnlich der Rolle der DDP in der Weimarer Republik.

Davon abweichende Vorstellungen hegten dagegen jene Gründungsväter liberaler Organisationen in den Gebieten, in denen, wie beispielsweise im Ruhrgebiet, in Hessen und in Niedersachsen, der nationalliberale Flügel des deutschen Liberalismus früher stark gewesen war. Obwohl hier die personellen Kontinuitäten zur früheren DVP, deren Politik am Ende der Weimarer Republik noch mehr Anlass zur Kritik gegeben hatte als

die der ehemaligen "Demokraten", weit weniger hervortraten, gab es doch programmatische Berührungspunkte zum Weimarer Rechtsliberalismus: Betonung des Nationalen, Kampfansage an alles "Sozialistische". Die langfristige Absicht dieser Kreise war aber mehr als die Reorganisation der alten DVP und zielte auf eine bürgerlich-nationale Sammlungsbewegung, die sowohl Liberalen wie auch früheren Deutschnationalen und sogar "geläuterten" Nationalsozialisten eine politischen Heimstatt geben und die eindeutig rechts von der Mitte ihren politischen Standort finden sollte. Vor dem Hintergrund solch divergierender Auffassungen von der zukünftigen Rolle einer liberalen Partei war ein mühsamer Einigungsprozess zwangsläufig vorprogrammiert.

Bei der Bildung der neuen liberalen Partei lassen sich drei Phasen unterscheiden. Zunächst entstanden überall in den vier Besatzungszonen lokale liberale Gruppierungen. Es begann Anfang Juli 1945 mit dem Gründungsaufwurf für eine "Liberal-Demokratische Partei Deutschlands" in Berlin, der von den ehemaligen DDP-Ministern Wilhelm Külz und Eugen Schiffer veröffentlicht wurde. Allerdings stellte diese Gründung einen Sonderfall dar, da sie im Gegensatz zu den Gründungsaktivitäten in den Westzonen von Anfang an auf die Bildung einer gesamtdeutschen Partei vom alten Zentrum Berlin aus zielte. Im Herbst 1945 organisierten sich auch wieder die Liberalen in der britischen (West- und Norddeutschland) und amerikanischen Zone (Süddeutschland einschließlich Hessens). Am meisten verzögerte sich die Neubildung von Parteien überhaupt im von Frankreich besetzten Südwesten, wo die Besatzungsmacht den geringsten Spielraum für eine politische Betätigung der Deutschen ließ.

Der nächste Schritt war der regionale Zusammenschluß. Auch hier ging die Sowjetzone voran, denn die Berliner LDP wurde unmittelbar nach ihrer Gründung für die gesamte sowjetische Besatzungszone zugelassen. Im Laufe des Herbstes und Winters entstanden dann für die fünf Länder dieser Zone sowie für Berlin eigene liberale Landesverbände, die dann am 3. Februar 1946 in Weimar erstmals unter dem Signum der LDP gemeinsam tagten. Vorsitzender des Zoneverbandes wurde der frühere DDP-Politiker Wilhelm Külz, der schon in der Weimarer Republik als Reichsinnenminister und

Oberbürgermeister von Dresden führende Positionen bekleidet hatte. Hinter dem Vorpreschen der Berliner stand aber auch ein Anspruch, für alle Liberale in Deutschland zu sprechen und von Berlin aus die Wiederbelebung des organisierten Liberalismus zu leiten. Dementsprechend gehörten die ostzonalen Liberalen damals zu den vehementesten Verfechtern einer Wiedervereinigung Deutschlands. Diese Anläufe zu einer zentral gesteuerten gesamtdeutschen Parteigründung scheiterten aber bald sowohl an den mangelhaften Kommunikationsverbindungen als auch an der restriktiven Zulassungspraxis der Besatzungsmächte für politische Parteien.

Ein wichtigerer Bezugspunkt als die selbsternannte "liberale Reichsleitung" in Berlin wurden für die Liberalen in den Westzonen die neuen, von den Siegermächten geschaffenen Länder. Diese waren meist neue politische Gebilde, entstanden 1945/46 zum Teil aus der Konkursmasse des nun durch die Alliierten aufgelösten Preußen (Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein), teilweise auch durch Zusammenschluss verschiedener kleinerer Staaten wie Rheinland-Pfalz - und später - Baden-Württemberg, das jetzt noch in drei Staaten aufgeteilt war. Einige von ihnen, insbesondere natürlich Bayern und die beiden norddeutschen Stadtstaaten, hatten aber auch schon vor 1933 als eigene staatliche Einheiten existiert. In einigen dieser neuen Länder nahmen Liberale auf Anordnung der Alliierten politische Schlüsselpositionen ein. So wurde Reinhold Maier, schon vor 1933 württembergischer Minister, von den Amerikanern zum Ministerpräsidenten von Nordwürttemberg-Nordbaden ernannt. Seit der Jahreswende 1945/46 entstanden überall analog zu den neuen Ländern liberale Landesparteien; zunächst in Württemberg-Baden die "Demokratische Volkspartei", in Hessen die "Liberaldemokratische Partei" und in Niedersachsen-Hannover eine "Demokratische Union", der sich später auch die Liberalen in Oldenburg und Braunschweig anschlossen. Einige Monate darauf erfolgte die Gründung der "Freien Demokratischen Partei" in Bayern und der "Demokratischen Volkspartei" für Württemberg- Hohenzollern. Auf Schwierigkeiten stieß die Bildung liberaler Landesparteien in Schleswig-Holstein und vor allem in Rheinland-Pfalz, wo dieser Schritt erst im Frühjahr 1947 vollzogen werden konnte. Abweichend hiervon verlief die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Zwar bestanden schon im Herbst 1945 überregionale Verbände für die ehemaligen preußischen Provinzen Westfalen und

Rheinland. Ehe sie sich jedoch zu einer Landespartei zusammenschlossen, hob man Anfang 1946 in Opladen unter der Führung des Syker Landrates Wilhelm Heile und des Essener Bankiers Franz Blücher einen Verband für die gesamte britische Zone aus der Taufe, dem auch die niedersächsischen und Hamburger Liberalen angehörten. Erst im Mai 1947 kam es dann zur Gründung einer Freien Demokratischen Partei für das Land Nordrhein-Westfalen.

Bei den ersten Landtagswahlen in den Westzonen erreichten die verschiedenen liberalen Parteien Ergebnisse zwischen 5 und 20 Prozent. Am besten schnitten sie im Südwesten, in Hessen und in den Hansestädten ab, dagegen wurde in Schleswig-Holstein der Einzug in den Landtag knapp verfehlt. Fast überall konnten sich die Liberalen als dritte Partei hinter der SPD und der neu gegründeten Christlich-Demokratischen-Union etablieren.

Noch bessere Resultate erzielte allerdings die LDP in der sowjetisch besetzten Zone. Bei den Gemeinderatswahlen im September 1946 kam sie auf 21 Prozent der Stimmen, bei den Land- und Kreistagswahlen einen Monat später auf fast 25 Prozent. Sie war damit sogar noch etwas stärker als die Ost-CDU. Wenn auch die SED, zu der die Sozialdemokraten mit den Kommunisten zwangsvereinigt worden waren, mit knapp 48 Prozent weit vorn lag, so war dies doch ein sehr achtbares Ergebnis, gerade wenn man die in der Sowjetzone herrschenden Rahmenbedingungen berücksichtigt. Die sowjetische Militäradministration hatte nämlich die SED im Wahlkampf ganz massiv begünstigt und den beiden bürgerlichen Parteien jede Menge Steine in den Weg gelegt. Das überraschend gute Abschneiden der LDP war wohl vornehmlich auf ihren für liberale Parteien ungewöhnlich hohen Organisationsgrad - im April 1946 verfügte sie bereits über mehr als 100 000 und Mitte 1947 über 170 000 Mitglieder - und ihre gut funktionierende Parteipresse, an deren Spitze der in Berlin erscheinende "Morgen" stand, zurückzuführen.

Mit der Gründung der Zonenverbände im Westen und im Osten war der Weg zu überregionalen Zusammenschlüssen offen, zumal die Süddeutschen bald nachfolgten. Ende September 1946 entstand ein Zonenverband für die amerikanische Zone mit Theodor Heuss als Vorsitzendem. Gleichzeitig nahmen die Liberalen in den Westzonen

Kontakte mit den Liberalen im Osten auf. Ziel war die Bildung eines gemeinsamen Dachverbandes. Nach langwierigen Verhandlungen ging daraus schließlich im März 1947 die "Demokratische Partei Deutschlands" hervor, deren gleichberechtigte Vorsitzende Theodor Heuss und Wilhelm Külz wurden. Doch die politische Großwetterlage war diesem einzigen Anlauf zu einer gesamtdeutschen Partei nicht günstig. Der Konflikt zwischen den ehemaligen Alliierten verschärfte sich, und im sowjetischen Teil wurde Druck auf die bürgerlichen Parteien ausgeübt, damit diese mit der SED zusammengingen. Als die LDP-Führung diesem Druck nachgab und sich der von der SED gesteuerten "Volkskongress"-Kampagne anschloss, zerbrach die liberale Dachorganisation Anfang 1948, womit auch die liberalen Hoffnungen, zumindest als Partei die Einheit Deutschlands wahren zu können, erloschen waren.

In der Folgezeit verringerte sich der politische Spielraum der LDP in der sowjetischen Besatzungszone immer mehr, vor allem nachdem ihre allgemein anerkannte Führungspersönlichkeit Wilhelm Külz im April 1948 gestorben war. Seine unmittelbaren Nachfolger im Parteivorsitz, Hermann Kastner und Karl Hamann, versuchten zwar noch möglichst viel an liberalem Gedankengut in den sich abzeichnenden ostdeutschen Teilstaat hinüber zu retten. Auf ihrem Parteitag in Eisenach Ende Februar 1949 gab sich die LDP noch ein auf der liberal-demokratischen Tradition basierendes Grundsatzprogramm. Doch dieser Kurs war angesichts des immer stärker werdenden Drucks von Seiten der sowjetischen Militäradministration und der neuen Staatspartei SED auf Dauer nicht durchzuhalten: Viele aufrechte Liberale, die sich dem Machtwillen der SED widersetzten, wurden verfolgt; viele von ihnen mussten in den Westen fliehen, andere landeten im Gefängnis oder verschwanden in sibirischen Lagern, einige von ihnen wie Arno Esch und etliche seiner Mitstreiter in Rostock oder der Jenenser Studentenpolitiker Franz Hammer mussten sogar ihr Engagement mit dem Tod bezahlen. Trotz erheblichen Widerstandes wurde die LDP mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Hans Loch 1952 endgültig gleichgeschaltet. Unter ihm sowie unter seinen Nachfolgern Max Suhrbier (von 1960-1967) und Manfred Gerlach (Parteivorsitzender von 1967-1989) agierte die LDP nicht mehr als eigenständige politische Kraft, sondern nur noch als ein vermeintliches bürgerliches Feigenblatt für die Diktatur der SED, das als „Transmissionsriemen“ die verbliebenen bürgerlichen Kreise

in den „real existierenden Sozialismus“ überleiten sollte. Wie jedoch die Stimmungsberichte von der LDPD – so das Parteikürzel seit Oktober 1951 – zeigen, ist die allenfalls zum Teil gelungen; gerade unter den einfachen Mitgliedern blieben noch lange Jahre gewisse liberale Orientierungsmuster bestehen, die natürlich nicht nach außen dringen durften.

Angesichts dieser Entwicklung und nachdem auch die Westmächte die Weichen auf einen eigenen westdeutschen Staat gestellt hatten, blieb für die Liberalen im Westen Deutschlands nur noch die Option, einen Gesamtverband der Westzonen zu bilden, um auf diese Weise wenigstens Einfluss auf die Entstehung des Weststaates zu nehmen. Aber auch dieser letzte Schritt verzögerte sich noch bis Ende 1948. Am 12. Dezember 1948 vereinigten sich in Heppenheim, dem Ort, wo sich am Vorabend der Revolution von 1848 der konstitutionelle Flügel des Liberalismus getroffen hatte, die drei Westzonenparteien sowie die (West)-Berliner LDP, die inzwischen aus der ostdeutschen LDP ausgeschieden war, unter dem Namen "Freie Demokratische Partei" zu einer gemeinsamen Parteiorganisation. Die stark divergierenden Tendenzen in den einzelnen Landesverbänden verhinderten aber die Beschließung eines Grundsatzprogrammes. Deshalb wurde in Heppenheim lediglich eine Proklamation mit kurzen Stellungnahmen zu Fragen der Tagespolitik verabschiedet. Welchen Weg die neue Partei nehmen würde - ob den einer eher rechtsgerichteten Sammlungsbewegung, wie es den Nordrhein- Westfalen, Hessen und Niedersachsen vorschwebte, oder den einer liberalen Mittelpartei in der Tradition des hanseatischen und süddeutschen Liberalismus - musste erst die Zukunft erweisen. An der Spitze stand mit Theodor Heuss ein Vertreter der zweiten Konzeption. Aber im Vorstand waren die national-liberalen Elemente stark vertreten. Immerhin war mit dieser Parteigründung Ende 1948 endlich die seit über 80 Jahren währende Aufsplitterung des deutschen Liberalismus in zwei große Lager beseitigt worden.

Dieser Schritt war überfällig gewesen, denn inzwischen existierten zonenübergreifende Institutionen, mit denen den Deutschen in den Westzonen ein politisches Mitspracherecht eingeräumt wurde. In dem 1947 eingesetzten Wirtschaftsrat hatten sich die acht liberalen Vertreter, die über die Länderparlamente hier eingezogen waren,

bereits zu einer "FDP-Fraktion im Wirtschaftsrat" zusammengefunden. Sie profilierten sich hier als die konsequentesten Verfechter der Marktwirtschaft, auf ihren Vorschlag hin wurde der parteilose Ludwig Erhard zum Verwaltungsdirektor für Wirtschaft, also eine Art Wirtschaftsminister, berufen. Von dieser Position aus setzte er dann im Juni 1948 die Währungsreform in die Tat um. Damit war eine wichtige politische Vorentscheidung im Sinne der Liberalen gefallen: Es würde in Westdeutschland keine grundlegenden Änderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung geben, wie sie von der SPD, aber auch Teilen der CDU gefordert wurde. Vielmehr sollte die Marktwirtschaft, ein urliberales Prinzip, möglichst beibehalten werden, wobei aber nun dem Staat in gewissem Umfang die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, steuernd einzugreifen. Auf diese Weise sollte, beispielsweise durch die Förderung der Vermögensbildung oder das Verbot der Anhäufung von wirtschaftlicher Macht in Form von Kartellen und Monopolen, für eine gewisse „Zähmung“ des Kapitalismus gesorgt werden. Dieses Konzept der "sozialen Marktwirtschaft" wurde dann zum wichtigsten Motor für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Bundesrepublik in den fünfziger und sechziger Jahren. Nicht ohne Tragik für den deutschen Liberalismus war dabei aber, dass sich Ludwig Erhard später nicht der FDP, sondern der CDU anschloss, in der es 1948 gegen ihn als Anhänger der so genannten "neoliberalen Wirtschaftsschule" noch erhebliche Widerstände gab. Dadurch wurde aber das deutsche "Wirtschaftswunder" vornehmlich den Christdemokraten gutgeschrieben, nicht aber den Liberalen, von denen wichtige Impulse dafür ausgegangen waren.

Die nächste wichtige Stufe auf dem Weg zur Bundesrepublik bildete der "Parlamentarische Rat". In ihm waren die verschiedenen Parteien gemäß ihrer Stärke in den Länderparlamenten vertreten, die FDP - die es bei der Einsetzung des Parlamentarischen Rates im August 1948 als Gesamtpartei noch gar nicht gab - konnte fünf Vertreter in dieses Gremium entsenden. Die Liberalen stellten damit nach CDU und SPD - je 27 Vertreter - die drittgrößte Fraktion und verfügten über eine entscheidende Schlüsselstellung für die parlamentarische Mehrheitsbildung, da ansonsten nur noch Splittergruppen im Parlamentarischen Rat saßen. Anders als im Wirtschaftsrat, wo es eine klare Frontstellung zwischen CDU/FDP einerseits und der SPD andererseits gegeben hatte, verliefen die politischen Entscheidungslinien bei den

Verfassungsberatungen im Parlamentarischen Rat nicht so eindeutig. Nicht selten kam es bei zentralen Fragen wie der Konfessionsschule oder der Finanzordnung des künftigen Staates zu einem Zusammengehen der Liberalen mit der SPD. Auch wenn die liberale Fraktion nicht immer mit ihren Vorstellungen - etwa der Einsetzung eines direkt gewählten Senats als zweites Organ der Legislative neben dem Bundestag - durchdringen konnte, war doch ihr Einfluss auf die Verfassung nicht unerheblich.

Insgesamt zeugt das Grundgesetz, das am 8. Mai 1949 mit großer Mehrheit verabschiedet und am 23. Mai verkündet wurde, von der allgemeinen Anerkennung, die die zentralen Prinzipien des Liberalismus nach den leidvollen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts in Westdeutschland fanden: Dem Grundgesetz vorangestellt wurde ein umfangreicher Katalog von Grundrechten, die von den allgemeinen Menschenrechten abgeleitet und die anders als bei der Weimarer Verfassung unaufhebbar sein sollten; zwischen den drei obersten Staatsgewalten, Legislative (Bundestag, Bundesrat), Exekutive (Bundesregierung) und Judikative (Bundesgerichte) wurde klar getrennt und die Staatsgewalt direkt oder indirekt durch die Wahlentscheidung aller Staatsbürger legitimiert. Natürlich sind in die Bestimmungen des Grundgesetzes - auf den Begriff Verfassung verzichtete man im Hinblick auf eine spätere gesamtdeutsche Konstitution - viele Erfahrungen aus den beiden Jahrzehnten vor 1945 eingeflossen, etwa bei der rein repräsentativen Funktion des Staatsoberhauptes oder bei der Fünf-Prozent-Hürde oder bei dem Verzicht auf direkte Beteiligung der Bürger an der Gesetzgebung in Form von Plebisziten. Trotzdem stand und steht das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vollkommen in der langen Tradition der liberalen Verfassungslehre. Allerdings war diese nun, wie der Entstehungsprozess des Grundgesetzes ganz deutlich zeigte, nicht mehr das Monopol einer einzigen Partei oder politischen Richtung, sondern hatte zu einem großen Teil Eingang in die politische Programmatik und Praxis aller demokratischen Parteien gefunden. Dieser Umstand erklärt zugleich, warum in der Wählerschaft der Bundesrepublik und zugleich bei den politischen Kommentatoren häufig die Notwendigkeit einer liberalen Partei nicht mehr so zwingend erschienen ist, denn die wichtigsten Verfassungsforderungen des Liberalismus sind mit dem Grundgesetz Realität geworden und heute kaum noch umstritten.

Der Wahlkampf für den ersten deutschen Bundestag im Sommer 1949 drehte sich dann folgerichtig auch weniger um allgemeine Verfassungsfragen als vielmehr um die Wirtschaftspolitik. Der liberale Kurs in der Wirtschaftspolitik, wie ihn Ludwig Erhard, die FDP und Teile der CDU vertraten, wurde weiterhin von der Sozialdemokratie in Frage gestellt. Hier nun konnten sich die Liberalen als eindeutige Partei der Marktwirtschaft profilieren, während die Linie der CDU, bedingt durch den starken Einfluss ihres linken, aus der katholischen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Flügels, doch mitunter recht undeutlich blieb. Dies sowie die voranschreitende Konsolidierung der Parteiorganisation bescherten der FDP bei den Bundestagswahlen am 14. August 1949 im Vergleich zum Durchschnitt der Landtagswahlergebnisse einen nicht unerheblichen Zugewinn. Mit ihrem Anteil von 11,9 Prozent schickte die Partei 52 Abgeordnete in den Bundestag. Dies war, zieht man die desolante Situation am Ende der Weimarer Republik in Betracht, eine sicherlich erstaunliche Wiedergeburt des organisierten Liberalismus in (West)-Deutschland.

